

Globalisierungskritik neu denken und für Attac wirksam machen

Aktualisierendes Selbstverständnis von Attac Deutschland

Beschlussdatum Ratschlag

Entwurf der Moderationsgruppe auf Grundlage von sechs Basistexten, Ergebnissen des Herbstratschlags 2021 und des Frühjahr ratschlags 2022, sieben inhaltlichen Veranstaltungen zwischen Februar und Oktober 2022, Ergebnissen des Herbstratschlag 2022 (25 Seiten, Reihenfolge der Themenfelder vorläufig, Stand: 27.01.2023)

Inhaltsverzeichnis

Prolog.....	2
Analyse.....	3
Die Krise der Globalisierung / Eine andere Globalisierung ist möglich.....	3
Alles wird zur Ware.....	3
Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt.....	4
Soziale Ungleichheit nimmt zu.....	5
Die Gewalt der Globalisierung.....	5
Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten.....	5
Die Krise der neoliberalen Globalisierung.....	6
Eine andere Globalisierung ist möglich.....	6
Themen.....	7
1 Internationale Finanzmärkte (regulieren).....	7
Was ist das Problem?.....	7
Wie wäre es besser?.....	8
Wie erreichen wir es?.....	8
Finanzmärkte regulieren.....	8
Kredite für soziale und ökologische Projekte.....	8
Schulden streichen.....	9
International handeln.....	9
2 Handelspolitik und Menschenrechte.....	9
Was ist das Problem?.....	9
Was wäre besser?.....	10
Wie erreichen wir das?.....	11
3 Privatisierung (Das Öffentliche stärken).....	11
Was ist das Problem?.....	11
Was wäre besser?.....	12
Wie erreichen wir es?.....	12
Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben.....	12
Ökonomisierung im Gesundheitswesen zurückdrängen.....	12
Gute öffentliche Bildung ausbauen.....	12
Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren.....	13
Investitionsschutzabkommen, die Vergesellschaftung verhindern, abschaffen.....	13

4 Krieg und Militarisierung.....	13
Was ist das Problem?.....	13
Was wäre besser?.....	14
Wie erreichen wir das?.....	14
Zivile Konfliktlösung.....	14
Globalisierung entmilitarisieren	14
Globale Abrüstung.....	15
5 Soziale Sicherheit für alle.....	15
Was ist das Problem?.....	15
Was wäre besser?.....	16
Wie erreichen wir es?.....	16
Solidarische Bürgerversicherung.....	16
Soziale Grundsicherung.....	16
Solidarische Städte.....	16
6 Flucht/Migration.....	17
Was ist das Problem?.....	17
Was ist die bessere Perspektive auf das Thema? (Was ist besser?).....	17
Wie erreichen wir das? (Welche Alternativen gibt es?).....	18
7 Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.....	18
Was ist das Problem?.....	18
Was wäre besser?.....	19
Wie erreichen wir das?.....	19
Ökologische Regulierung der Märkte.....	19
Anders wirtschaften und konsumieren.....	19
Demokratisierung der Energieverteilung.....	19
Klimafreundliche Mobilität für alle.....	20
8 Krise der Demokratie.....	20
Was ist das Problem?.....	20
Was wäre besser?.....	21
Wie erreichen wir das?.....	21
9 Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus.....	22
Was ist das Problem?.....	22
Was wäre besser?.....	23
Wie erreichen wir das?.....	23
Epilog.....	24
Eine andere Welt ist nötig und möglich.....	24

Prolog

Besteht die Welt denn nur noch aus Krisen? Ob drohender Klimakollaps und fortschreitende Naturzerstörung, weltweit wachsende soziale Ungleichheit, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Pandemien, das Erstarken rechter Ideologien, kriegerische Auseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene - wir leben in Zeiten großer Unsicherheit durch vielfältig miteinander verwobene Krisen. Menschen, die am wenigsten zu den Krisen beigetragen haben, sind oft am stärksten von ihnen betroffen und besitzen am wenigsten Mittel, um sich vor ihren Folgen schützen zu können. Sie müssen um ihre Existenz bangen, in Teilen der Welt sind sie längst all ihrer Lebensgrundlagen beraubt und auf der Flucht.

Wir sind mit dem Resultat einer Globalisierung konfrontiert, die die Zerstörung der Welt billigend in Kauf nimmt.

Doch es gibt auch das Andere. Menschen, die nach dem Guten Leben für Alle streben, die der neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von unten entgegensetzen. Sie findet ihren Ausdruck in solidarischem Handeln und der nationalen und internationalen Vernetzung sozialer Bewegungen, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den Bewegungen für gerechten Welthandel und für Ernährungssouveränität, Menschenrechtsaktivist*innen, feministische Bewegungen und vielen anderen. Gemeinsam sind sie widerständig und setzen angeblich alternativlosen Wirtschafts- und Lebensweisen konkrete Alternativen entgegen.

Analyse

Die Krise der Globalisierung / Eine andere Globalisierung ist möglich

Die Welt ist heute global vernetzt – doch die bisherige Globalisierung geschieht auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten. Produktions- und Lieferketten werden auf Profit optimiert, statt jedem Menschen ein Leben in gleicher Würde zu ermöglichen. Raubbau zerstört die Natur. Statt demokratischer Selbstbestimmung globalisiert sich die Ohnmacht gegenüber ökonomischen Zwängen und transnationalen Konzernen.

Die Spaltung der Welt in Nord und Süd wird durch die Globalisierung fortgesetzt und die Ungleichheit innerhalb der Gesellschaften vertieft. Es gibt diejenigen, die zu wenig zum Leben haben, und diejenigen, die über riesige Vermögen verfügen. Das Versprechen gleicher Chancen für alle Menschen hat sich als neoliberaler Schein herausgestellt. Menschen werden in soziale Verhältnisse hinein geboren und verfügen damit über unterschiedliche Zugänge zu ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Sie haben ein Geschlecht, eine Hautfarbe und einen Pass. All dies beeinflusst sehr wesentlich den Platz, den sie in der Hierarchie der globalen Gesellschaft einnehmen. Kapital darf sich frei bewegen, die Menschen nicht. Viele sehen sich gezwungen prekäre Arbeiten anzunehmen, sei es in den Weltmarktfabriken oder als Care-Arbeiterinnen in den Städten des Globalen Nordens. Für FLINTA*s gehen die gewonnenen Freiheiten mit neuen wirtschaftlichen Abhängigkeiten einher. Konzerne und Staaten greifen auf eine lange Tradition männlich dominierter Gesellschaften zurück, die FLINTA*s weiterhin benachteiligen und diskriminieren.

Die Globalisierung verbreitet Naturzerstörung über den gesamten Planeten und ignoriert gleichzeitig die ökologischen Folgen grenzenlosen Wachstums. Wirtschaftskrisen, Kriege und Naturkatastrophen häufen sich. Die Globalisierung ist in einer vielfachen Krise.

Alles wird zur Ware

Durch die Globalisierung sollen höhere Profite erzielt werden. Konzerne und Staaten versuchen in der globalen Konkurrenz ihre Macht auszuweiten. Dafür werden Löhne gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert, öffentliche Dienstleistungen privatisiert, Rohstoffe ausgebeutet und offene Märkte hergestellt.

Im Zuge des neoliberalen Globalisierungsschubs, der in den letzten beiden Jahrzehnten des 20ten Jahrhunderts an Fahrt gewann, wurde der Vorrang von Profit und Wachstum auf den gesamten Globus ausgeweitet. Das Versprechen der neoliberalen Globalisierung lautet: Je mehr Markt es gibt und je mehr sich die Staaten lediglich um die Rahmenbedingungen wie ein günstiges Investitionsklima kümmern, desto besser funktioniert die Wirtschaft und desto höher ist der allgemeine Wohlstand. Es sollen also nicht nur Konsumgüter auf Märkten gehandelt werden, sondern auch Gesundheit, Bildung, das Recht die Umwelt zu zerstören und vieles mehr. Die Digitalisierung heizt die Globalisierung weiter an. Sie ermöglicht Kommunikation in Echtzeit und immer weitere globale Arbeitsteilung.

Das Nachsehen haben die Arbeitnehmer*innen, deren Arbeitsbedingungen verschlechtert und deren Rechte beschnitten werden – aber über Ausgaben- und Leistungskürzungen des Staates letztlich auch fast alle anderen. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten – und Männer wiederum eher als FLINTA*, insofern die traditionell schlecht oder gar nicht bezahlte Betreuung, Fürsorge und Pflege von Menschen vornehmlich von ihnen geleistet wird.

Diese neoliberale Politik erscheint als alternativlos. Der Markt diktiert der demokratischen Politik ihr Handeln. Märkte werden zu zentralen gesellschaftlichen Räumen, auf dem sich die Menschen aufeinander beziehen. Jeder Fleck der Erde sollte einbezogen werden, keine Gesellschaft und kein gesellschaftlicher Bereich außen vor bleiben: Die ganze Welt sollte zur Ware werden – bis hin zum Körper von FLINTA*, beispielsweise über die Ausdehnung von Sextourismus, Frauenhandel und Leihmutterchaft.

Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt

Das neoliberale Freihandels- und Investitionsschutzregime setzt koloniale Abhängigkeiten fort. Vielen Staaten des globalen Südens wurde diese Wirtschaftsweise aufgezwungen. Von dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im Rahmen der Schuldenpolitik, über die WTO und später über bilaterale Handelsverträge. Profitinteressen werden auf Kosten von Demokratie, Umwelt und Menschenrechten durchgesetzt. Westlichen Konzerne nutzen die niedrigen Löhne und Umweltauflagen günstiger Produktionsstandorte in Asien und anderen Kontinenten. Inzwischen sind chinesische Konzerne dabei nachgefolgt. Die Länder des Südens werden in die Lieferketten integriert als Rohstofflieferanten, billige Werkbänke und Lieferanten günstiger Arbeitskraft.

Mächtige Staaten wie die USA und China sichern den Prozess der Durchsetzung politisch ab, unter anderem über internationale Organisationen und Verträge, aber auch über die Förderung von Direktinvestitionen. Gleichzeitig konkurrieren sie um die Vorherrschaft auf den internationalen Märkten und um den Zugriff auf natürliche Ressourcen.

Den Ländern des globalen Südens fehlen vor allem durch das Freihandelsregime die politischen Instrumente, die eine eigenständige ökonomische Entwicklung ermöglichen könnten, zumal vielen Süd-Ländern nicht zuletzt von der EU die Öffnung ihrer eigenen Märkte aufgezwungen wurde, während der Norden seine Märkte abschottet. In vielen Ländern ist die wirtschaftliche Situation deshalb so aussichtslos, dass Menschen zu Flucht und Migration gezwungen sind.

Soziale Ungleichheit nimmt zu

Der bedingungslose Vorrang für den Profit hat global wie in den einzelnen Ländern zu einer immer schwindelerregenderen, obszönen Ungleichheit geführt – nicht aber dazu, dass Hunderte von Millionen Menschen aus der absoluten Armut befreit worden wären, wie viele ihrer Fürsprecher*innen meinen. Nach wie vor stirbt alle 4,4 Sekunden ein Kind oder ein*e Jugendliche*r (so die am 10.1.2023 veröffentlichte Schätzung von UNICEF für 2021). Der versprochene *Trickle-Down*-Effekt (= These, dass der Einkommenszuwachs, den die Reichen in einer Gesellschaft erfahren, sukzessive auch zu den Mittelschichten und den Ärmeren in der Gesellschaft durchsickert) ist ausgeblieben.

Die globalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter aufgebläht worden, um Anlagemöglichkeiten für die immer riesigeren Vermögen zu schaffen. In Reaktion auf deren Krise wurde eine gigantische Umverteilung von den öffentlichen Haushalten, also den Steuerzahler*innen, aber auch jenen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, zur reinen Finanzunternehmen und ihren superreichen Nutznießer*innen betrieben.

Die Gewalt der Globalisierung

Gerade für die Länder des globalen Südens bedeutet die Globalisierung Gewalt. Den aufgezwungenen „Strukturanpassungsprogrammen“ von IWF und Weltbank sind, insofern sie regelmäßig drastische Einsparungen bei den Gesundheits-, aber auch des Bildungssystemen vorsahen, unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Dasselbe gilt angesichts des Patentschutzes etwa für AIDS-Medikamente und Corona-Impfstoffe.

Angesichts der immer stärker ausgeweiteten Handlungsfreiheit international tätiger Investor*innen und Unternehmen ist die Realität in weiten Teilen der Länder des globalen Südens geprägt von Landraub, Vertreibung, Verbot von Gewerkschaften, Ermordung von Gewerkschafter*innen und anderer, die zum Beispiel angesichts von Bergbauprojekten um ihr Recht kämpfen, Verweigerung jeglichen Arbeitsschutzes, schlimmste Ausbeutung, Kinderarbeit, „moderne“ Sklaverei, traditionelle Sklaverei, Bürgerkriege um die Kontrolle von global benötigten Bodenschätzen, Verletzung der Menschenrechte Indigener, großflächige Vergiftung und Zerstörung ökologischer Lebensgrundlagen und bei all dem Straflosigkeit für darin verwickelte transnationale Konzerne.

All dies ist heute integraler Bestandteil unserer inzwischen weltweit vernetzten Produktion. Für uns hier im Norden bedeutet dies umgekehrt, dass unsere Gesellschaften, unser Leben mit diesen Gewaltverhältnissen aufs Engste verwoben sind. Das ist unerträglich. Und es ist das Werk der neoliberalen Globalisierung.

Die Gewalt der Globalisierung wird auch bei uns sichtbar. Wie immer in Krisenzeiten steigt die Zahl der Kriege Selbst der Einsatz von Atomwaffen wird wieder denkbar. Geschlechtsspezifische Diskriminierung beinhaltet oft auch körperliche Gewalt und die Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts, beispielsweise durch das Verbot von Abtreibungen. Extremer Ausdruck von Gewalt sind Femizide, also die Tötung von FLINTA*, nur weil sie selbstbestimmt leben möchten.

Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten

Durch die durch Wachstumszwang getriebene Globalisierung sind auch der Gewalt gegen die Natur und den Planeten immer weniger Grenzen gesetzt; denn im Zuge der Vermarktlichung der Welt wurde die Ausbeutung der Natur zusätzlich legitimiert und ihre Zerstörung achselzuckend in Kauf genommen.

Vor über fünfzig Jahren wurden vom Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt. Sie ergeben sich aus der Endlichkeit nicht erneuerbarer Ressourcen und der nur begrenzten Belastbarkeit ökologischer, geologischer und klimatischer Kreisläufe. Die planetaren Grenzen des kapitalistischen Wachstums werden deutlich - und sind durch den neoliberal angeheizten Raubbau an der Natur längst in Sichtweite oder schon überschritten.

Die daraus resultierende Klimakatastrophe droht unzählige Menschenleben zu fordern. Zudem droht ein gigantisches Artensterben, das für den Menschen zudem ähnlich große Auswirkungen haben kann.

Die Krise der neoliberalen Globalisierung

Durch die wiederkehrenden Finanzkrisen verlor die neoliberale Ideologie an Glaubwürdigkeit. . Von der Klimabewegung und den schieren, klimabedingten Katastrophen unter Druck gesetzt, fällt inzwischen auch den ewigen Prediger*innen des „Freihandels“ in der EU und in Deutschland auf, dass die transnationale, neoliberale Quasi-Verfassung eine wirksame Klimapolitik behindert. Es wird deutlich, wie stark die neoliberale Politik nicht nur die Krisen verschärft hat, sondern auch die Gesellschaft den demokratischen Handlungsspielraum nimmt, angemessen zu reagieren. Demokratie wird zugunsten von ökonomischen Interessen abgebaut, zum Beispiel durch die Freihandelsabkommen. Entsprechend gilt auch: Extreme soziale Ungleichheit, wie sie durch die neoliberale Globalisierung gefördert und hervorgebracht wird, destabilisiert Demokratien, und tatsächlich sind praktisch alle Demokratien heute in einer Krise. Der Politik wird mit steigendem Misstrauen begegnet. Das ist gut, dem wenn es mit der Forderung nach Demokratisierung verbunden ist, und verheerend, wenn es mit Ruf nach autoritären Lösungen einhergeht.

Es wird immer offensichtlicher, dass der Markt allein grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme nicht lösen kann. Staatliche Interventionen, beispielsweise um soziale Auswirkungen abzumildern und Umweltschäden zu begrenzen, gewinnen wieder an Bedeutung. Die Regierungen sehen sich angesichts der Folgen hierzu gezwungen – und betreiben trotzdem nur unzureichende Symptombekämpfung, statt die Krisenursachen anzugehen.

Entsprechend ist die Antwort auf die Krise der neoliberalen Globalisierung in erster Linie ein Weiter-So: Rohstoff- und Infrastrukturprojekte werden in den Ländern des globalen Süden ohne Rücksichtnahme auf Menschenrechte durchgesetzt, Privatisierungen forciert und Freihandelsverträge abgeschlossen. Grünes Wachstum und Marktlösungen werden als Lösung der Klimakrise propagiert, obwohl längst alle wissen, dass der profitorientierten Globalisierung planetare Grenzen gesetzt sind, die ein weiteres globales Wachstum untragbar machen

Eine andere Globalisierung ist möglich

Die neoliberale Globalisierung setzt den Vorrang von Markt und Profiten fest, der Zwang zum Wachstum verschärft sich. Soziale und ökologische Transformation macht daher eine Abwicklung der neoliberalen Wirtschaftsordnung nötig. Statt der Rückkehr zum abgeschotteten Nationalstaat braucht es internationale Zusammenarbeit zur Lösung der Menschheitsprobleme wie Naturzerstörung, Menschenrechtsverletzung und Krieg.

Die zunehmende soziale Ungleichheit und fortschreitende Naturzerstörung führen dazu, dass die bestehenden Wirtschaftsweisen weltweit infrage gestellt werden. Eine demokratische und gerechte Globalisierung jenseits der kapitalistischen Profit- und Wachstumslogik ist nötig, um der Klimakrise zu begegnen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

Menschen streiten mit Protesten, Streiks und Aktionen zivilen Ungehorsams für einen gerechten Welthandel, für Klimagerechtigkeit und gleiche Rechte für alle. Sie wehren sich gegen koloniale Kontinuitäten, soziale Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und geschlechtsspezifische Unterdrückung. Attac ist ein Teil dieser Bewegungen und kämpft für globale soziale Rechte für alle statt Reichtum für wenige: für eine gerechte Globalisierung von unten.

Themen

1 Internationale Finanzmärkte (regulieren)

Die internationalen Finanzmärkte haben einen enormen Einfluss auf unser tägliches Leben, auch wenn wir dies nicht immer direkt wahrnehmen können. Die Regulierung dieser Märkte ist seit Gründung von Attac eines seiner zentralen Anliegen.

Was ist das Problem?

Handel über die nationalen Grenzen hinweg ist schon immer davon begleitet, dass Geld auch international verrechnet, getauscht und als Kapital angelegt wird. Mit der wachsenden Bedeutung des transnationalen Handels wurde es immer wichtiger, diese Aktivitäten zu regeln. Bis in das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts war dies vor allem Aufgabe der Staaten und internationaler Abkommen (Bretton Woods). Ab den 1980er Jahren wurde die Kontrolle von grenzüberschreitenden Kapitaltransfers in vielen Ländern aufgehoben, der Handel mit Finanzanlagen zunehmend weniger reguliert. Gleichzeitig wurden immer neue Finanzprodukte geschaffen. Währungen, Finanzanlagen sowie Unternehmensbeteiligungen und sogar Renten- und Sozialversicherungsfonds wurden immer mehr zu handelbaren Waren und Objekten der Spekulation. Die Folge: Krisenabstände verkürzten sich und Krisen wurden immer einschneidender. Die Auswirkungen der Krisen beschränken sich nicht auf den Finanzbereich, sondern betreffen auch die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Sie stürzen ganze Ökonomien ins Chaos und verschärfen in den betroffenen Ländern die Armut und können Hungerkrisen auslösen.

Trotz Dotcom-Krise 2000, Finanzmarktkrise 2007 und Eurokrise 2010 konnten die Profiteur*innen umfassende Regulierungen der Finanzmärkte verhindern. Die Instabilität der globalen Finanzmärkte hält weiter an. Dazu tragen auch die Versuche neuer Finanzmarktakteur*innen bei, unter dem Schlagwort „dezentrale Finanzmärkte (DeFi)“ Kreditvergaben, Investitionen in Kryptowährungen

und andere Finanztransaktionen abseits des Banken- und Börsensystems einzuführen. Darüber hinaus versuchen Kapitalmarktakteur*innen im Rahmen von „Grünen Investments“ neue Anlagemöglichkeiten durch Zugriff auf natürliche Ressourcen wie Wasser zu erschließen und diese zu privatisieren, verbunden mit der Risikoabsicherung durch staatliche Profitgarantien. Auch Renten- und Sozialsystem sowie öffentliche Dienstleistungen sind in ihrem Fokus. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, den sie nicht ihrer Profitlogik unterwerfen wollen.

Profite auf den Finanzmärkten kommen nur wenigen zugute, aber Rettungsaktionen für in Schwierigkeiten geratene Banken und Versicherungen müssen über Steuern von allen bezahlt werden. Globale Finanzmärkte gleichen heute einem Casino, in dem mit Aktien, Krediten, Wechselkursen und lebenswichtigen Gütern wie beispielsweise Weizen spekuliert wird.

Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wird die gesamte Ökonomie in erheblichem Maß von den Interessen der Akteur*innen auf den Finanzmärkten bestimmt.

Wie wäre es besser?

Geld darf nicht selbst Ware sein mit der Börsen spekuliert werden kann, sondern muss den einfachen Austausch von Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und als Wertaufbewahrungsmittel dienen. Geld, auch in digitaler Form, als Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen, ist Aufgabe der Gesellschaft und darf nicht Privaten überlassen werden, die damit Profite machen wollen.

Ein stabiles Geld- und Finanzsystem ist ein öffentliches Gute. Unregulierte Finanzbereiche, Schattenbanken, private Währungen oder ähnliches darf es deshalb nicht geben.

Kredite sollen die Erstellung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Ihr primäres Ziel darf nicht die Gewinnerzielung sein und sie dürfen nicht dazu führen, das einzelne Menschen oder sogar ganze Länder in die Abhängigkeit ihrer Gläubiger*innen fallen.

Wie erreichen wir es?

Finanzmärkte regulieren

Die Finanzmärkte, einschließlich der Wertpapier- und Derivatemärkte, sowie Banken und anderer Finanzinstitutionen, müssen drastisch geschrumpft werden, unter anderem durch das Verbot bestimmter Finanzprodukte und die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Eine Finanztransaktionssteuer, die auf alle Formen des Handels mit Finanzpapieren abzielt und so neben dem Aktienhandel auch Anleihen und vor allem Derivate erfasst, würde einen spürbaren Beitrag zur gerechteren Besteuerung und zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten und hätte gleichzeitig wichtige Stabilisierungseffekte für die Wirtschaft. Sie könnte die schädlichen Entwicklungen auf den Finanzmärkten dämpfen und diese schrumpfen helfen. Sie würde die Entschleunigung des Handels und die Rückführung des Handelsvolumens speziell von Derivaten bewirken. Die Einnahmen aus der Steuer sollen dazu dienen, Entwicklung zu ermöglichen und Armut zu bekämpfen und damit die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen zu erreichen.

Kredite für soziale und ökologische Projekte

Die Vergabe von Krediten soll sich danach orientieren, soziale und ökologische Produktion zu fördern. Schulden, Kapital, Geld und Kredite sollen dorthin gesteuert werden, wo sie nachhaltig den ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen dienen.

Schulden streichen

Viele Staaten, vor allem im Süden, sind in Folge ungleicher Wirtschaftsbeziehungen, aber auch wegen korrupter Machthaber*innen, extrem verschuldet. Während die Bevölkerung dort darunter leidet, profitieren die globalen Gläubiger*innen. Die Schulden dieser Länder müssen gestrichen werden (*welche genau? Illegitime, untragbare?-> muss noch genau definiert werden*).

International handeln

Unter anderem durch den Abschluss von Investitionsschutzabkommen wurde das internationale Recht in den letzten Jahrzehnten dahingehend umgestaltet, dass Freiheit der Investor*innen praktisch nicht eingeschränkt werden kann. Um das wieder zu ändern, bedarf es konzertierten internationalen Handelns.

2 Handelspolitik und Menschenrechte

Maßstab und Ziel unserer politischen Arbeit ist die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte, wie sie in den verschiedenen Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen einschließlich der Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO, auf Englisch ILO) definiert sind und auch ständig weiterentwickelt werden. Sie dienen der Sicherung der Menschenwürde und umfassen deshalb neben den bürgerlichen und politischen Menschenrechten auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Menschenrechte – und inzwischen auch das Recht auf eine saubere Umwelt.

Was ist das Problem?

Trotzdem lebt die Mehrheit der Menschen noch immer unter Bedingungen, die ihre Würde und unveräußerlichen Rechte täglich verletzen. Dies hat verschiedene Gründe. Ein wesentlicher Grund ist die „neoliberale Globalisierung“, welche seit den 1980er und insbesondere den 1990er Jahren durchgesetzt wurde.

Zentral dafür ist das ab 1995 bewusst außerhalb der Vereinten Nationen errichtete System der Welthandelsorganisation (WTO). Es ist einseitig auf Handelsliberalisierung ausgerichtet und mit vergleichsweise mächtigen Durchsetzungsmechanismen ausgestattet. Es regiert in die Länder hinein, aber nicht um den Menschenrechten, sondern allein den Liberalisierungsverpflichtungen Geltung zu verleihen, von denen insbesondere transnationale Unternehmen (TNCs) profitieren.

Seitdem regeln Handelsverträge – nicht zuletzt die von der EU geschlossenen, wie CETA – nicht nur die Höhe von Zöllen, sondern sie legen darüber hinaus systematisch den Vorrang des Marktes fest, so dass politische Gestaltung höchstens als ausdrückliche „Ausnahme“ möglich ist. Dies gilt

im Bereich der zuvor öffentlichen Dienstleistungen bis hin zur Wasser-, Energie- oder Gesundheitsversorgung, der Bildung, Mobilität usw.

Aber auch sämtliche Vorschriften zum Schutz von Arbeitnehmer*innen, der Umwelt, von Verbraucher*innen usw. werden als Handelshemmnisse eingestuft und sind ständig davon bedroht, unter Berufung auf einen Handelsvertrag zu Fall gebracht zu werden.

Umgekehrt wird das „geistige Eigentum“ in Form von Patenten so strikt geschützt, dass Millionen AIDS- und Corona-Erkrankte im globalen Süden keine Medikamente oder Impfungen erhielten und erhalten – während grenzüberschreitenden Investoren durch Investitionsschutzverträge umgekehrt sogar das Recht zugebilligt wird, unter Berufung auf negative Folgen eines demokratischen Gesetzes für ihre Investitionen milliardenschwere, aus Steuermitteln zu bezahlende Schadenersatzzahlungen zu erstreiten.

Gemeinsam mit der parallel vollzogenen Deregulierung der Finanzmärkte, und verschärft durch die EU-Handelspolitik, bildet dieses Freihandelsregime die Grundlage jener „Globalisierung“ – der „neoliberalen Globalisierung“ – die seit den 1990er Jahren die Erde buchstäblich umpflügt. Die Ergebnisse sind

- global integrierte Produktionsprozesse, in denen die Menschenrechte systematisch verletzt werden, mit besonders dramatischen Folgen für verwundbare Gruppen wie FLINTA*s oder Kinder
- eine Intensivierung des Raubbaus auch im ökologischen Sinn (Klimaerhitzung, Umweltverschmutzung, katastrophales Artensterben) ohne Rücksicht auf die planetarischen Grenzen
- eine immer dramatischere Ungleichheit, die keineswegs als Preis für (vor allem auf China begrenzte) Erfolge bei der Armutsbekämpfung akzeptiert werden darf
- entsprechend unzureichende Fortschritte bzw. die Behinderung weiterer Fortschritte bei den echten Menschheitsproblemen
- ein weltweiter Siegeszug rechtspopulistischer und rechtsextremer politischer Kräfte

Was wäre besser?

Wir begrüßen, dass Deutschland und andere Staaten auf zivilgesellschaftlichen Druck hin inzwischen „Lieferkettengesetze“ verabschiedet haben, die die Menschenrechte in jenen Lieferketten besser schützen sollen. Die EU muss hier durch eine deutlich ambitioniertere Richtlinie weiter vorangehen. Ebenso fordern wir mit Nachdruck, dass Deutschland und die EU endlich engagiert und konstruktiv an den UN-Verhandlungen zu einem entsprechenden, globalen „Binding Treaty“ (die wirksame Verpflichtung der transnationalen Unternehmen auf die Menschenrechte (UN-Pakte + ILO) gemäß Resolution 26/9) teilnehmen, welche auf eine starke Bewegung aus den Völkern des globalen Südens zurückgehen.

Kriege, Armut, globale Ungerechtigkeit und schwerste Menschenrechtsverletzungen diskreditieren nicht die den Vereinten Nationen zugrunde liegende Idee der internationalen Zusammenarbeit. Im Gegenteil geben Organisationen wie die Vereinten Nationen auf all die real existierende Macht- und Interessenpolitik der Staaten prinzipiell die richtige Antwort: ein globales Gemeinwesen zu

konstituieren, das auf der Menschenwürde und der Herrschaft des Rechts gründet und auf die gemeinsame Lösung gemeinsamer Menschheitsprobleme zielt.

Würde den Menschenrechten in der globalisierten Produktion tatsächlich wirksam Geltung verschafft, müsste sich im Handeln der Unternehmen und in der Politik der westlichen Staaten vieles ändern. Dies könnte eine positive Änderungsdynamik in Gang setzen, auch in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit. Die Länder des Globalen Südens, die selbst am wenigsten zur momentanen Krise beigetragen haben, werden am stärksten durch das rücksichtslose Verhalten westlicher Staaten in Vergangenheit und Gegenwart geschädigt, insbesondere durch die Zerstörung der Umwelt und die Erderhitzung. Dadurch sehen sich Bewohner der betroffenen Länder immer häufiger zur Migration gezwungen, werden aber von den Verursacherländern abgewehrt.

Die Menschheit muss ihre Bemühungen deutlich ausweiten: Wir fordern die „Abwicklung“ der neoliberalen Globalisierung. All jene Bestimmungen der WTO-Verträge sowie der bilateralen Handels- und Investitionsverträge – nicht zuletzt die der EU –, die dem Primat der Menschenwürde widersprechen und damit gegen das verpflichtende Völkerrecht verstoßen, sind wirksam zu delegitimieren.

Wie erreichen wir das?

Steter Tropfen höhlt den Stein. Epochale Umbrüche wie der Fall des eisernen Vorhangs kann man nicht planen, sind aber möglich. Inzwischen ist offensichtlich, dass ein vollkommen deregulierter Markt Probleme nicht löst, sondern verursacht. Bewegungen wie Attac und seit einigen Jahren auch FFF folgen Architekten, Ingenieure, Senior*innen... for future, allesamt Experten, die die Glaubwürdigkeit des Neoliberalismus und seiner Prediger unterminieren. So kann die Menschheit wieder zusammenfinden, um ihre Probleme auf der Grundlage der Menschenwürde und der Menschenrechte und dem Respekt vor der Natur zu lösen.

3 Privatisierung (Das Öffentliche stärken)

"Privat vor Staat" ist eine der zentralen Botschaften neoliberaler Politik. Nur Reiche können sich einen Staat ohne soziale Leistungen und mit einer schlechten öffentlichen Infrastruktur leisten. Ein gutes Leben für alle braucht eine gesellschaftlich organisierte, gut funktionierende und allen zugängliche öffentliche Infrastruktur.

Was ist das Problem?

Ein wesentliches Element der neoliberalen Phase des Kapitalismus ist die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und der Verkauf öffentlichen Vermögens. Wohnungen wurden teilweise zu Spottpreisen an Investor*innen verkauft, ebenso wie Stadtwerke, Krankenhäuser, Verkehrsunternehmen und Schienennetze. Auch vor den Sozialversicherungssystemen wurde nicht Halt gemacht. Sogenannte Public-Private-Partnerships, bei denen die öffentliche Hand und Private gemeinsame Unternehmen betreiben oder sich die öffentliche Hand langfristig an private Unternehmen bindet, um Dienstleistungen zu erbringen, sind ebenfalls als Formen der Privatisierung zu sehen.

Begründet wurden die Privatisierungen mit der Ineffizienz der öffentlichen Dienste und der Notwendigkeit, über Verkäufe öffentlichen Vermögens Staatsschulden abzubauen. Tatsächlich ging es darum, Anlagemöglichkeiten für Vermögende zu schaffen, um Renditen zu erwirtschaften. Politisch verkauft wurden die Privatisierungen mit dem Versprechen, die Dienstleitungen würden billiger und besser werden. Stattdessen kam es in ihrer Folge oft zu Verteuerungen und Leistungsabbau. Gelohnt haben sich die Privatisierungen vor allem für diejenigen, die ihr Kapital in den privatisierten Unternehmen angelegt haben. Aus ehemals öffentlichen Monopolen sind private entstanden, mit denen sich sicher Gewinn erzielen lässt. Investitionsschutzabkommen sichern die Profite von Privatisierungsgewinnern und verhindern Vergesellschaftung oder erschweren sie erheblich.

Was wäre besser?

Grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung gehören in die öffentliche Hand und dürfen nicht dazu genutzt werden, Profite zu erzielen. Gleichzeitig müssen sie stärker als in der Vergangenheit demokratisch gestaltet werden. Es reicht nicht aus, wenn Parlamente die öffentlichen Unternehmen kontrollieren. Diejenigen, die von ihren Dienstleistungen abhängig sind, also Mieter*innen bei Wohnungsunternehmen, Stromabnehmer*innen und Umwelt- und Sozialverbände bei den Stadtwerken und Patient*innen im Gesundheitswesen müssen ebenso mitentscheiden können wie die Beschäftigten. Dafür müssen an die jeweiligen Betriebszwecke angepasste Gremien geschaffen werden, in denen alle Beteiligten gleichberechtigt die strategischen Entscheidungen für das Unternehmen treffen und keine der Gruppen allein die Mehrheit hat. Die Organisationen sollen nicht in dem Privatrecht unterliegenden Formen wie AG oder GmbH organisiert sein, sondern in öffentlich-rechtlicher Form wie beispielweise der Anstalt des öffentlichen Rechts, um sie vor Privatisierung zu schützen.

Wie erreichen wir es?

Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben

An vielen Stellen hat sich Widerstand gegen Privatisierungsmaßnahmen entwickelt, vor allem auf der lokalen Ebene. Teilweise konnten Privatisierungen, vor allem im Bereich der Wasserversorgung, verhindert werden, und inzwischen werden sogar Stadtwerke rekommunalisiert und neue öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gegründet. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung; sie reicht aber bei weitem nicht aus. Die rekommunalisierten Unternehmen müssen auch demokratisiert und nach sozialen und ökologischen Prinzipien ausgerichtet werden.

Ökonomisierung im Gesundheitswesen zurückdrängen

Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens vor allem in Form der Fallpauschalen muss zurückgedrängt werden. Art und Umfang medizinischer Behandlung muss sich in erster Linie am Bedarf der orientieren und nicht an den Kosten. Privatisierte Krankenhäuser müssen wieder von der öffentlichen Hand übernommen und demokratisiert werden.

Gute öffentliche Bildung ausbauen

Wer Zugang zu guter Bildung, auch in Form von Aus- und Weiterbildung hat, verbessert damit seine Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb soll Bildung im Wesentlichen öffentlich organisiert werden und allen unabhängig von ihren ökonomischen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren

Eine soziale und klimagerechte Verkehrswende wird nur gelingen, wenn der schienengebundene Fern- und Nahverkehr gut ausgebaut, günstig und barrierefrei zu benutzen ist. Dies kann eine privatisierte Bahn, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Eigentümer*innen befriedigen muss, nicht leisten. Ebenso wenig eine Bahn, in der Passagier*innen keinen Einfluss haben. Die Deutsche Bahn AG soll deshalb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Fahrgast-, Umwelt- und Sozialverbände sollen ebenso wie die Beschäftigten gleichberechtigt an den strategischen Entscheidungen beteiligt werden.

Investitionsschutzabkommen, die Vergesellschaftung verhindern, abschaffen

Ein wesentlicher Bestandteil vieler Investitionsschutzabkommen ist es, die Vergesellschaftung von Unternehmen oder Infrastruktureinrichtungen zu verhindern. Damit untergraben sie das demokratische Recht von lokalen Gemeinschaften und Staaten, selbst über die Form zu bestimmen, in der überlebenswichtige Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das Gesundheitswesen organisiert werden. Attac setzt sich für die Abschaffung solcher Investitionsschutzabkommen ein.

4 Krieg und Militarisierung

Nicht nur wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten verschärfen sich global, auch die Anzahl bewaffneter Konflikte erreicht neue Höchststände. Staaten ringen um die Ausweitung ihrer Einflusszonen und die Sicherung von Lieferketten und Rohstoffquellen. Nationalismus, Hass und Fundamentalismus nehmen weltweit zu.

Was ist das Problem?

Kriege führen zu unzähligen Toten und Verletzten an den Fronten. Sie richtet sich gegen ganze Bevölkerungen mit zahlreichen zivilen Opfern und verheerenden psychischen Folgen. Im Krieg nimmt sexuelle Gewalt gegen FLINTA* zu, traditionelle Rollenmuster gewinnen an Bedeutung und Abweichungen werden sanktioniert. Menschen müssen fliehen und werden ausgegrenzt. Die entmenschlichende Gewalt und das Unrecht von Krieg finden meist wenig Aufmerksamkeit und erscheinen weit weg. Der russische Angriff auf die Ukraine lässt die Folgen von Krieg wieder sichtbar werden.

Innerstaatliche Konflikte haben massiv zugenommen – oft als Spätfolge der Kolonialisierung. Andere Staaten intervenieren in Bürgerkriege über fünfmal häufiger als noch vor 20 Jahren. Die weiter andauernden Kriege in Jemen und Syrien zeigen, wie Großmächte die Konflikte zu Menschheitsverbrechen schwer zu realisierenden Ausmaßes eskaliert haben, statt dezentrale und demokratische Lösungen zu ermöglichen. Die gegenwärtige militärische Globalisierung wird

außerdem deutlich in den zunehmenden weltweiten Exporten der Rüstungsindustrie, in der militarisierten Abwehr Geflüchteter und im Ausbau gewaltsamer Repression innerhalb von Staaten.

War die neoliberale Ära nach dem Mauerfall durch die Vormachtstellung der USA und ihre Kriege dominiert, globalisiert sich jetzt der Anspruch auf Vorherrschaft. Die Liste der um neuen Einfluss ringenden Nationen ist lang und wohin die globale Konkurrenz zwischen den USA und China führen wird ist noch offen. Klar ist, dass die Konflikte in eine globale Gefahrenlage lange nicht dagewesener Dringlichkeit führen: Die Aufrüstung nimmt drastisch zu und ein Atomkrieg erscheint so realistisch, wie lange nicht mehr.

Die Macht der militärischen Globalisierung zeigt sich beim Klimaschutz: Als einziger Sektor wird das Militär aus den Klimaabkommen ausgeklammert, im Paris-Abkommen nicht einmal erwähnt. Dabei sind U.S. Army, Bundeswehr und Co. jeweils die staatlichen Institutionen mit dem größten CO²-Ausstoß. Krieg geht einher mit einer enormen Klima- und Umweltzerstörung, ob durch Kriegsflugzeuge und Kriegsschiffe oder umfangreiche militärische Infrastruktur. Ein Rückbau des Militärs und ein Ende der Kriege sind zur Lösung der Klimakrise nötig.

Was wäre besser?

Attac setzt sich ein für eine demokratische, multilaterale Weltordnung und zivile Konfliktlösung. Wir wollen nicht nur die Finanzmärkte entwaffnen, sondern auch die Kriegstreiber und Rüstungskonzerne. Die Globalisierung von Profit- und Machtinteressen wird auch mit Waffengewalt auf Kosten der Menschen und der Umwelt ausgetragen. Doch eine Welt ohne Krieg ist möglich!

Die Ressourcen, die für das Militär aufgewendet werden, sollten genutzt werden, um ein gutes Leben für Alle zu verwirklichen. Statt Rüstung brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit ohne Profite, die Bekämpfung der Klimakrise und vielfältige Kunst und Kultur.

Wie erreichen wir das?

Zivile Konfliktlösung

Internationale Organisationen für gemeinsame Sicherheit müssen ausgebaut werden und präventiv Konflikte verhindern. UNO, OSZE und andere Akteur*innen sollen gestärkt werden, um bei Konflikten frühzeitig auf diplomatischem Weg Lösungen zu finden. Dies steht dem deutschen Anspruch entgegen, eine militärische Führungsmacht zu werden. Als EU- und NATO-Mitglied ist Deutschland in vielen militärischen Konflikten weltweit involviert.

Globalisierung entmilitarisieren

In dem wir die Globalisierung von Macht und Profiten kritisieren, stellen wir die Grundlage der Kriege in Frage. Das bedeutet auch einen Umstieg auf erneuerbare Energiequellen, denn fossile Energien sind Kriegsenergien. Wir sind solidarisch mit den Bewegungen, die gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung auf die Straße gehen und sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen – ob in der EU, den USA oder in Russland, ob im Iran, in Syrien, in Myanmar, Äthiopien, Afghanistan oder in Mexiko. Die Beteiligung an Kriegen und militärischer Gewalt legen wir offen und üben Druck aus auf die Beteiligten. Das Recht auf Selbstverteidigung erkennen wir dabei an.

Globale Abrüstung

In den sich zuspitzenden globalen Konflikten treten wir für Demilitarisierung und Abrüstung ein. Die Aufrüstungsspiralen müssen durchbrochen werden, in Deutschland und weltweit. Als großer Rüstungsexporteur ist Deutschland unter anderem an den Angriffen der Türkei auf die kurdischen Gebiete und den Angriffen Saudi-Arabiens im Jemen beteiligt. Die Aufrüstung Deutschlands wird unter dem Vorwand des Ukraine-Kriegs massiv vorangetrieben. Dieser Militarisierung stellen wir uns entgegen.

5 Soziale Sicherheit für alle

Soziale Sicherheit ist ein globales soziales Recht. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und zu sozialer Infrastruktur für alle und überall als Grundlagen für ein gutes Leben ist eine wesentliche Forderung von Attac. Attac setzt sich für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein und somit auch für eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Was ist das Problem?

Noch nie wurden so viele Güter und Dienstleistungen hergestellt wie heute. Es ist genug für alle da. Niemand müsste hungern, frieren oder von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen sein. Dass die einen viel haben und die anderen ums Überleben kämpfen, liegt allein an der ungerechten Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums.

Voraussetzung für ein gutes Leben für alle ist in erster Linie der Zugang zu einem ausreichenden Einkommen und zu sozialer Infrastruktur. Dabei spielen neben dem Einkommen aus Erwerbsarbeit und Vermögen (z.B. eigener Betrieb, Vermietung ..) und Einkommen aus den sozialen Sicherungssystemen eine bedeutende Rolle. Diese werden teils aus Steuern und teils aus Versicherungsbeiträgen finanziert. Ihre Finanzierung ist ebenso wie die Höhe der Leistungen und der Zugang dazu immer gesellschaftlich umkämpft, denn wenn bei der Aufteilung des gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtums der Anteil für soziale Leistungen steigt, schmälert dies gleichzeitig den Anteil für Gewinne aus Vermögen.

Soziale Bewegungen haben im Laufe der Geschichte soziale Absicherungen erkämpft, die aber - insbesondere auch als Folge der zurückgehenden Macht von Gewerkschaften- von antisozialen Politiken wieder zurückgedrängt und abgebaut wurden. So auch im Zuge der neoliberalen Globalisierung. Sozialleistungen werden mit der Begründung abgebaut, dass sich dadurch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU im internationalen Konkurrenzkampf um die Ansiedlung von Unternehmen verbessert und die Wettbewerbsposition der nationalen Unternehmen international gestärkt werden.

Die Absicherungen gerade in Ländern wie Deutschland sind im Kern an einem unterstellten Normalarbeitsverhältnis orientiert und deshalb meist nur dann auskömmlich, wenn eine lange männliche Erwerbsbiographie mit hinreichend hohem Einkommen zugrunde liegt. Menschen ohne diese Biographie und ohne sonstiges Einkommen sind von Armut betroffen. Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus sind gänzlich von Zugang zum Sozialsystem ausgeschlossen. Sorgearbeit, wie Kinderbetreuung, -erziehung oder Kranken- und Altenpflege wird heute immer

noch in erster Linie auf FLINTA* abgeschoben und schlecht oder gar nicht bezahlt. Dies führt dazu, dass gerade diejenigen, die am meisten Arbeit erledigen, am wenigsten davon haben.

Was wäre besser?

Die sozialen Sicherungssysteme und die soziale Infrastruktur müssen insgesamt so organisiert sein, dass sie allen ein gutes Leben inklusive gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Jeder Mensch hat ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und muss es sich nicht verdienen. Es ist ein globales soziales Menschenrecht und unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder Staatsbürgerschaft. Attac will den solidarischen Ausgleich zwischen Menschen mit viel oder wenig, bzw. keinem Einkommen. Dies bedeutet, dass alle Menschen, egal ob jung oder alt, krank oder gesund, hier geboren oder eingewandert, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben, das gleiche Recht auf soziale Sicherheit haben. Sorgearbeit soll als gesamtgesellschaftliche Aufgabe organisiert und entsprechend anerkannt und, wenn als Erwerbsarbeit geleistet, gut bezahlt werden.

Wie erreichen wir es?

Attac setzt sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein indem unter anderem Vermögen und Kapitaleinkommen höher besteuert und Menschen, die über wenig Einkommen verfügen, entlastet werden. Dadurch würde auch mehr Geld für die sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung stehen. Im Bereich der sozialen Sicherungssysteme schlägt Attac konkret vor:

Solidarische Bürgerversicherung

Eine solidarische Bürgerversicherung aus der alle Menschen gleichermaßen Leistungen nach ihren Bedarfen beziehen und die aus allen Einkommensarten finanziert wird - auch und gerade durch Unternehmensgewinne und durch höhere Abgaben von Gutverdienenden, zum Beispiel durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

Nationale Lösungen werden hier nicht ausreichen. Es braucht auch Regelungen auf europäischer Ebene und langfristig auf globaler Ebene. Kapitalgedeckte Versicherungssysteme lehnt Attac ab, bestehende sollen in die allgemeine Bürgerversicherung überführt werden.

Soziale Grundsicherung

Wir setzen uns auch für eine soziale Grundsicherung ein, die allen hier lebenden Menschen unabhängig von ihrer Erwerbsbiographie, ihrem Familienstand und ihrer Nationalität zusteht und so hoch ist, dass sie eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet.

Solidarische Städte

Attac befürwortet Initiativen wie „Solidarische Städte“, die auf kommunaler Ebene die Lebensbedingungen für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus verbessern, indem sie zum Beispiel kommunale Personalausweise oder anonyme Krankenscheine ausstellen und den kostenlosen Zugang zu sozialen Einrichtungen ermöglichen.

6 Flucht/Migration

Migration ist ein wesentlicher Bestandteil der Menschheitsgeschichte und ein Menschenrecht, für das sich Attac einsetzt!

Was ist das Problem?

Die Lage ist dramatisch: Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht. Gewaltsame Konflikte, wachsende globale Ungleichheiten, instabile politische Systeme, keine Perspektiven, die immer stärkeren Auswirkungen der Klimakrise – alles Faktoren, die das globale Migrationsgeschehen maßgeblich verändern und Betroffene vor große Herausforderungen stellen. Tausende Menschen harren in provisorischen Flüchtlingscamps wie auf Moria ohne Unterkunft, Nahrung, Trinkwasser und medizinische Versorgung aus. Frontex, die europäische Grenzschutzbehörde, ist – auch unter Beteiligung deutscher Polizist:innen – ein Hauptakteur bei unzählbaren Menschenrechtsverletzungen wie illegalen Pushbacks an der Außengrenze. Hunderttausende Menschen leben täglich in Angst vor der Abschiebung, obwohl sie seit Jahren hier wohnen und arbeiten. Länder, in denen regelmäßig Anschläge verübt werden, in denen Menschen politisch, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit verfolgt werden und unter katastrophalen ökonomischen Bedingungen leiden, werden von deutschen Politiker:innen als sichere Herkunftsländer eingestuft. Das Thema Flucht wird von rechts instrumentalisiert, und Grenzregime werden gegen Widerstand der Zivilgesellschaft installiert. Die in der Unterstützung von Geflüchteten aktive Zivilgesellschaft wird behindert und kriminalisiert, muss aber gleichzeitig mit ehrenamtlicher Arbeit staatliche Defizite ausgleichen.

Die Debatte über Flucht und Migration ist schon lange politisch und gesellschaftlich zentral, hat jedoch bisher oft an den eigentlichen Ursachen für Flucht und Migration vorbeigeführt. Es wird über Grenzschießungen, Obergrenzen, Wirtschaftsflüchtlinge diskutiert, und darüber, dass sogenannte Fluchtursachen bekämpft werden müssten.

Was ist die bessere Perspektive auf das Thema? (Was ist besser?)

Ebendiese Fluchtgründe müssen aus einer anderen Perspektive betrachtet werden. Statt sie auf die Herkunftsländer der Geflüchteten zurückzuführen, beispielsweise auf diktatorische Regime oder Korruption, müssten strukturelle globale Ungleichheitsverhältnisse in den Blick genommen werden. Die Fluchtursachen liegen nämlich nicht primär irgendwo in den Herkunftsländern, sondern im Nord-Süd-Verhältnis, beginnend mit Kolonialismus und Imperialismus bis hin zu den heutigen (post)kolonialen Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus. Die vielfach verwobenen Herrschaftsverhältnisse (u.a. durch Geschlecht, Klasse, Nord-Süd-Verhältnis, die Ungleichverteilung natürlicher Ressourcen wie z.B. Wasser) zeigen ihre Wirkung in jeglichen institutionellen Politiken wie der Handels-, Agrar-, Fischereipolitik, aber auch in Wertschöpfungsketten und dem Zugriff auf natürliche Ressourcen. Kapitalismus, Klimakrise und Migration sind eng miteinander verstrickt. Beispielsweise wird mit Kohleenergie Profit erwirtschaftet, aber die Kohleverbrennung führt zum Anheizen der Klimaerwärmung, die wiederum Dürren auslösen kann und dadurch Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Es gibt fließende

Übergänge zwischen politischem Handeln, Ausbeutungsverhältnissen und Flucht und Zwangsbewegungen, beispielsweise, wenn autoritäre Staaten vom Westen durch Waffenexporte ausgerüstet werden und dadurch Menschen vertrieben werden.

Auch gibt es nicht die eine Fluchtursache, sondern es ist oft ein Problemgeflecht aus Armut, Klimawandelfolgen, Krieg etc. Gleichzeitig wird im vorherrschenden Diskurs oft die imperiale Lebensweise der Industrieländer im Globalen Norden ausgeblendet, die auf der Externalisierung ihrer sozialen und ökologischen Kosten beruht. Das zeigt sich deutlich in den Auswirkungen der Klimakrise, die maßgeblich von Ländern des Globalen Nordens vorangetrieben wird, deren Auswirkungen aber vor allem den Globalen Süden treffen. Lebensgrundlagen werden zerstört und zwingen zunehmend zur Klimaflucht. Auch europäische Handelspolitiken manifestieren oft das Fortwirken (post-)kolonialer Abhängigkeiten und verschärfen Elend und Armut weiter. FLINTA*s sind dabei wie so oft besonders betroffen, werden aufgrund ihres Geschlechts verfolgt und sind auf der Flucht besonderen Gefahren ausgesetzt. Den Fachkräftemangel im Globalen Norden durch das Abwerben von migrantisierten Fachkräften auszugleichen, ist ebensowenig nachhaltig, sondern lagert nur die Probleme in den Globalen Süden aus.

Wie erreichen wir das? (Welche Alternativen gibt es?)

Es braucht einen Paradigmenwechsel. Statt Grenzregimen fordern wir eine globale Bewegungsfreiheit: Das Recht für alle Menschen frei zu entscheiden, wo sie leben möchten. Es gibt bereits einige Ansätze, die Alternativen zur nationalstaatlichen Abschottung bieten: Solidarische Städte, die "Urban Citizenship" in Form eines kommunalen Personalausweises in Zürich, europäische Netzwerke der Solidarität in Barcelona oder "sichere Häfen" in Deutschland. Weitere Forderungen liegen in einem Waffenexportstopp, der Änderung des Asylrechts und der Anerkennung spezifischer Fluchtgründe wie beispielsweise der Verfolgung aufgrund der Geschlechtsidentität oder als Kriegsverweiger:in. Klar ist: Die Geschichte der Menschheit ist seit Anbeginn eine Geschichte der Migration! Migration ist ein Menschenrecht und als solches auch in der UN-Menschenrechtserklärung enthalten!

7 Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen

Eine andere Welt können wir nur schaffen, wenn wir unsere Lebensgrundlage erhalten. Klimawandel und Naturzerstörung sind deshalb zentrale Themen für Attac.

Was ist das Problem?

Die Entwicklung des Kapitalismus geht von Beginn an einher mit der Zerstörung der Natur, der Übernutzung natürlicher Ressourcen, dem Artensterben und der Erderwärmung. Dies gilt nicht nur für die westlichen Länder, sondern genauso für die nachholende Industrialisierung der ehemaligen sogenannten realsozialistischen Länder und der Länder des globalen Südens.

Die Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hat die Prozesse der Naturzerstörung massiv beschleunigt. Bereits heute müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr

bewohnbar ist. Ohne eine radikale Kehrtwende wird die Erde in absehbarer Zeit unbewohnbar sein. Das auf permanentes Wachstum angewiesene kapitalistische Wirtschaftssystem ignoriert die natürlichen Grenzen und ist auch aus diesem Grund nicht zukunftsfähig.

Marktprozesse sind blind gegenüber ihren sozialen und ökologischen Folgen. Eine „Einpreisung“ von Naturzerstörung und Klimakosten beispielsweise über den Emissionshandel kann dies nicht grundlegend verändern. Klimaschutz darf nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen bleiben und kann nicht in sie integriert werden. Der Schutz natürlicher Ressourcen braucht verbindliche Regelungen, die in demokratischen Prozessen ausgehandelt werden müssen.

Was wäre besser?

Attac setzt sich ein für eine Politik, die sich an ökologischen Gesichtspunkten orientiert. Dabei ist Klimagerechtigkeit ein wichtiger Baustein, denn arme Menschen, vor allem in den Ländern des Südens, haben am wenigsten zur Naturzerstörung und der drohenden Klimakatastrophe beigetragen. Dennoch leiden sie am meisten unter den Folgen.

Es ist zentral, dass sich unsere Art zu leben und zu wirtschaften ändert. Unser Wirtschaftssystem und Konsummodell darf nicht auf Wachstum angewiesen sein, sondern muss als Kreislaufwirtschaft funktionieren. Statt Profitmaximierung müssen Bedarfsorientierung und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum der Wirtschaft stehen.

Gleichzeitig muss der Energieverbrauch grundsätzlich gesenkt und Energieerzeugung zu 100 Prozent nachhaltig sein.

Wie erreichen wir das?

Ökologische Regulierung der Märkte

Märkte müssen nach ökologischen Gesichtspunkten reguliert werden. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss sich ebenso an ökologischen Vorgaben orientieren wie das Handeln des Staates insgesamt.

Anders wirtschaften und konsumieren

Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, muss der Konsum vor allem von Reichen und Wohlhabenden reduziert werden, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen.

Eine Änderung des Konsumverhaltens wird nicht über Appelle funktionieren. Dazu muss die Produktion der für ein gutes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen nach grundsätzlich anderen Kriterien organisiert werden. Es muss demokratisch entschieden werden, was wofür produziert werden soll. Unnütze Produkte wie Rüstungsgüter müssen reduziert werden. Güter dürfen nicht auf Verschleiß konstruiert werden, sondern möglichst lange haltbar und vor allem reparierbar sein.

Demokratisierung der Energieverteilung

Eine „grüne Wirtschaft“, die zentral auf technische Lösungen setzt anstatt Konkurrenz, Profit und Wachstumszwang grundsätzlich in Frage zu stellen, wird nicht nachhaltig sein. Energie darf keine Ware sein, der Grundbedarf an Energie muss preisgünstig zur Verfügung gestellt werden. Die Energieversorgung muss in gesellschaftlicher Hand dezentral und demokratisch organisiert werden.

Klimafreundliche Mobilität für alle

Mobilität ist einer der größten Treiber der Klimaerwärmung und der Zugang zu ihr zudem ungerecht verteilt. Wir brauchen eine sozial gerechte und naturschonende Mobilität, die auf Fuß-, Rad- und barrierefreie öffentliche Verkehre setzt, anstatt aufs Auto, und für alle bezahlbar ist. Der Flugverkehr muss deutlich reduziert werden, indem beispielweise Flüge, zu denen es eine akzeptable Alternative mit der Bahn gibt, untersagt werden.

8 Krise der Demokratie

Demokratie ist nie ideal. Demokratie strengt an. Demokratie muss erkämpft werden. Demokratie braucht Demokraten.

Was ist das Problem?

Der Begriff Demokratie gibt Versprechen wie Partizipation, Souveränität und Grundrechte ab, ist damit aber in seiner Komplexität nur ansatzweise erfasst.

Wie die utopischen Versprechen einer „Volksherrschaft“, in der es Mitbestimmung, Gleichheit und Transparenz gibt, in wesentlichen Gesellschaftsstrukturen direkt und umfassend realisiert werden können, bleibt Gegenstand politischer Auseinandersetzungen.

Echte Demokratie sollte jedoch mehr sein als eine reine Herrschaftslegitimation alle paar Jahre in einem parlamentarischen System, wo Handlungszwänge, wie durch Vorgaben eines „ausgewogenen Wirtschaftswachstums“ in einer „wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ (Artikel 2 Absatz 3 EU-Vertrag), mit demokratischen Idealen kollidieren. Darüber hinaus gibt es Länder, in denen nicht einmal Mindeststandards einer Demokratie umgesetzt sind.

Wenn Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch Medienunternehmen zu zählen sind, oder reiche Menschen durch ihr Eigentum an Produktionsmitteln bzw. ihr ökonomisches Kapital einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, insbesondere gegenüber Entscheidungsträgern in Parteien und Parlamenten, kann das nicht im Sinne von Demokratie sein. Vielmehr müssen Systeme als halbierte oder defizitäre Demokratien bezeichnet werden, wenn wesentliche Bereiche, wie der Unternehmensbereich, nicht durchgehend demokratisch verfasst sind.

Wenn Freihandelsverträge unter dem Regime der WTO über ihre Liberalisierungs- und Regulierungsverpflichtungen im Sinne großer Konzerne in Staaten hineinregieren, oder noch schlimmer, die EU-Handelsverträge der neuen Generation (CETA & Co) es erlauben, den Parlamenten übergeordnete Entscheidungsebenen einzuführen, stehen Werte wie Demokratie nur auf dem Papier.

Wachsender Autoritarismus, Überwachung, rechtsextreme Netzwerke, Meinungsmanipulation in Sozialen und etablierten Medien sowie die Ausbreitung "alternativer Fakten" (Lügen), weil Einigkeit über Realität bröckelt, sind Alarmzeichen dafür, dass demokratische Strukturen nicht nur

nicht vollständig realisiert sind, sondern, sofern vorhanden, gezielt zum Abschluss freigegeben werden sollen.

In die Bresche springen rechte Politiker:innen, die sich als die 'wahre Stimme des Volkes' inszenieren, aber zugleich demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen verächtlich machen und missbrauchen.

Daneben gibt es viele Länder, in denen es keine allgemeinen, freien und gleiche Wahlen gibt und politische Opposition nicht zugelassen wird. Hier fehlen wesentliche Voraussetzungen für eine Demokratie.

Gelebte Demokratie kann nie idealtypisch umgesetzt werden und erfordert Anstrengung, doch Verbesserungen sind notwendig und möglich!

Aber Anstrengung lohnt sich allemal, nicht nur um den Abbau von Demokratie zu verhindern und sie vor rechts schützen!

Unsere Grundrechte und die globalen Menschenrechte müssen als integraler Bestandteil von Demokratie verteidigt werden und für Länder, in denen sie fehlen, gefordert werden.

Was wäre besser?

Demokratie hat mit kollektiver Freiheit und kollektiver Selbstbestimmung zu tun.

Umfassende Transparenz auf allen Ebenen von Entscheidungsprozessen, die uns alle betreffen, ist elementar. Wir brauchen mehr direkte Demokratie und demokratische Gestaltungsmöglichkeiten auf allen Ebenen!

Die Art und Weise, wie wir wirtschaften, geht uns alle an. Eine Ausdehnung demokratischer Prinzipien auf Wirtschaftsprozesse ist daher unabdingbar, kommunal, regional, national, international, global.

Demokratisierung muss mit der Eigentumsfrage zusammen gedacht werden!

Wir brauchen neue demokratische Konzepte der Vergesellschaftung!

Auch wenn unsere aktuelle Demokratie klare Defizite hat, sollten wir sie nicht geringschätzen. Unser Ziel muss es sein, sie zu verteidigen und auszuweiten!

Wie erreichen wir das?

Instrumente wie Bürger:innenentscheide weiten die Demokratie aus, da sie politische Prozesse für alle sichtbar machen und gemeinsame politische Entscheidungen in Praxis überführen können.

Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, geopolitische Konkurrenz oder die Klimakrise haben gezeigt, dass die neoliberale Verfasstheit der EU an ihre Grenzen gestoßen ist: Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung stellen Paradigmenwechsel dar, die für soziale Bewegungen ein Einfallstor sein können, um strukturelle Änderungen voranzutreiben und glaubwürdig die Demokratisierung der EU und ihre Abkehr von neoliberalen Prinzipien zu fordern.

Soziale Bewegungen wie die „Deutsche Wohnen und Co Enteignen“- Kampagne zeigen mit Elementen von direkter Demokratie, wie erfolgreich die Idee der Vergesellschaftung in die breite Gesellschaft getragen werden kann, wenn Menschen sich organisieren.

Der Schwerpunkt von Kampagnen müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen sein, denn Privatisierungen im Bereich Wohnen, Gesundheitswesen, Energieversorgung etc. sind nicht im Interesse der breiten Bevölkerung!

Die Debatte um Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sollte genutzt werden, um Modelle für demokratische öffentliche Unternehmen voranzutreiben.

Demokratisierung muss mit der Eigentumsfrage zusammengedacht werden!

Wir brauchen neue Konzepte der Vergesellschaftung!

9 Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus

Das Leben der Menschen, ihre verschiedenen Identitäten, werden durch die traditionelle binäre Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht ausreichend erfasst. Unser Blickpunkt richtet sich auf alle Menschen, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren – also auf alle FLINTA*. Eine andere Welt verlangt auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei Attac ein wichtiger Themenbereich.

Was ist das Problem?

Ein grundlegendes Element unserer kapitalistischen Gesellschaft sind überlieferte patriarchale Strukturen, also die Vormachtstellung von Männern gegenüber anderen Geschlechtern. Eine der Ursachen für diese bevorzugte Stellung von Männern ist die traditionelle Zuständigkeit von Frauen für die Sorgearbeit, für die unbezahlte Arbeit im Haushalt und für die meist schlecht entlohnte, wenig angesehene professionelle Care-Arbeit. Da FLINTA* bereits wegen ihres Geschlechts gesellschaftliche Nachteile bis hin zu sexueller Belästigung und Gewalt erfahren, sind sie von anderen Diskriminierungsformen - etwa aufgrund von Rassismus oder wegen einer Behinderung oder des Alters -in besonderer Weise zusätzlich betroffen. Es ist oft nicht einfach, die Folgen der Wechselwirkungen von unterschiedlichen Diskriminierungsursachen zu erkennen und diese adäquat zu bekämpfen.

Weltweit sind FLINTA* von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung besonders betroffen (Klimakrise, Kriege, Ausbeutung in internationalen Lieferketten, sexuelle Ausbeutung, ...). Ihre Kämpfe werden jedoch zu wenig beachtet und ihre Erfahrungen und Handlungsperspektiven im politischen Prozess oft nicht gehört.

Die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA* wird immer wieder infrage gestellt, z.B. durch körperliche Gewalt -bis hin zu Femiziden, also der Tötung einer -FLINTA*-Person, nur weil sie selbstbestimmt leben möchte.

Sexuelle Belästigung ist eine Form von Gewalt, bei der es in erster Linie um die Demonstration von Macht geht. Auch hinter den Angriffen auf das Recht auf die selbstbestimmte Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch bzw. für ein Kind, steht der Wunsch von Männern, Frauen zu beherrschen, ihnen keine eigenständige Entscheidung zuzubilligen

Was wäre besser?

FLINTA* sollten körperlich und sexuell völlig selbstbestimmt leben können. Und sie sollten die gleichen beruflichen und privaten Entwicklungsmöglichkeiten haben wie Männer.

Die notwendige Veränderung ist jedoch grundlegender: Wir streiten für eine Gesellschaft, in der "Geschlecht" keine relevante Kategorie für gesellschaftliche Rollen und Normen mehr ist. Eine Gesellschaft, in der alle Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit/ reproduktive Arbeit tragen - weltweit!

Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht auf Profitsteigerung und Wachstum beruht, und in der keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.

Wie erreichen wir das?

Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende sozial-ökologische Transformation.

Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen von FLINTA* orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle Verbesserungen bzw. mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die Arbeitsbelastung, insbesondere im Care-Bereich, muss sinken, z.B. durch geringere Gruppengrößen und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter Belastung.

Es gibt verschiedene internationale Konventionen und Gesetzesvorschläge auf nationaler Ebene, um sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA* durchzusetzen. Attac engagiert sich z.B. für die Umsetzung der "Istanbul-Konvention", einem Abkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Zentral ist auch die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sowie ein neues Selbstbestimmungsgesetz, das das diskriminierende "Transsexuellengesetz" ablöst.

Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit außerhalb des Sozial- und Gesundheitsbereichs muss gleichberechtigt auf alle Geschlechter aufgeteilt werden. Diese Forderung bedingt eine radikale Arbeitszeitverkürzung – jede Person sollte Zeit für Care-Arbeit haben.

Patriarchale Strukturen beinhalten einen systematischen Charakter von geschlechtsbasierter Diskriminierung, die auch Männer betreffen kann, die als weiblich definierte Rollen einnehmen (z.B. Erzieher in einem Kindergarten). Es liegt also auch im Interesse von Männern, patriarchale Strukturen zu überwinden.

In Attac achten wir darauf, dass Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden (z.B. Quotierung, Awareness-Strukturen). Das FLINTA*Plenum bietet die Möglichkeit zur eigenständigen Organisation. Eine Aktionsform, die insbesondere in den Feministischen Bewegungen in Lateinamerika und Europa diskutiert und zum Teil bereits umgesetzt wird, ist der feministische Streik, d.h. eine befristete Niederlegung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit.

Feminismus global denken, heißt genau hinsehen, andere Erfahrungen zulassen. In manchen feministischen Bewegungen des Globalen Südens stehen andere Analysen und Forderungen im Mittelpunkt als bei uns.

Epilog

Eine andere Welt ist nötig und möglich

Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun Vorrang vor kriegerischen Auseinandersetzungen.

Dies ist nicht in einem großen Wurf geschehen, sondern indem widerständige Akteure z.B. mit Streiks und Blockaden, intensiver Bündnisarbeit und breiter Unterstützung der Zivilgesellschaft beharrlich viele kleine und große Veränderungen an unterschiedlichen Orten durchgesetzt haben. Diese vielen Veränderungen haben insgesamt zu einer Transformation der Globalisierung geführt. Es wurden Spielräume eröffnet, die es ermöglichen, staatliche und internationale Institutionen und Gesellschaften zu demokratisieren, die sozialen Rechte der Menschen deutlich zu stärken und Profitstreben und Wachstumszwang zurückzudrängen. Die Anhäufung unverschämter hoher Vermögen wird weltweit geächtet. Dieser Transformationsprozess hat es auch ermöglicht, die Finanzmärkte restriktiv zu regulieren. Die sozial-ökologische Transformation ist weit fortgeschritten und die globalen Verhältnisse haben sich so stark verändert, dass der Kolonialismus als überwunden gilt. Alle Menschen haben weltweit ein freies Bewegungs- und Aufenthaltsrecht. Das Patriarchat ist Schnee von gestern, das sexuelle Selbstbestimmungsrecht für alle Geschlechter verwirklicht.

Umfassende Steuer- und Sozialreformen zur Umverteilung von oben nach unten, zur sozialen Absicherung und gegen eine zerstörerische Klimapolitik sind durchgesetzt. Parallel wurde ein Demokratisierungsschub ausgelöst, der sich nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die Wirtschaft erstreckt. Die Vergesellschaftung von Unternehmen, die uns mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen versorgen und die gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit, Bildung, Wohnen und Mobilität erfüllen, ist weitgehend abgeschlossen. Gewählte, regionale Wirtschaftsräte und die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen haben jetzt erweiterte Mitbestimmungsrechte. Gemeinsam mit den Nutzer*innen bestimmen sie darüber, welche Güter hergestellt, welche Dienstleistungen angeboten werden. Dadurch ist deren Auswahl nicht mehr in

erster Linie am Profit, sondern am menschlichen Bedarf und Gemeinwohl orientiert und Wachstum ist nicht mehr oberstes Ziel des Wirtschaftens. Dies führt auch zur verringerten Herstellung schädlicher und unnützer Produkte.

Die globalen Handelsbeziehungen, die lange von postkolonialen Machtverhältnissen geprägt waren, wurden grundlegend verändert. Sie sind heute gerecht gestaltet, Schulden wurden erlassen. Dies ermöglicht eine selbstbestimmte Entwicklung der Länder des globalen Südens.

Die Rechte der Natur sind in Verfassungen geschützt und anerkannt. Indigene Gemeinschaften sind vielerorts Vorbild für all jene Gesellschaften, die bisher Natur nur als ausnutzbare Ressource sahen.

Güter werden inzwischen überwiegend in energieeffizienten und ressourcenschonenden, regionalen Wirtschaftskreisläufen und unter Anwendung von Recyclingverfahren produziert. Die Regionalisierung verringert den Transportbedarf, verkürzt die Wege zu Arbeit, Bildung und Freizeit und erleichtert die Schaffung einer nachhaltigen Mobilität.

Die vielen emanzipatorischen Projekte, ihre Praktiken, Organisationsformen und Forderungen finden heute ihren Ausdruck in vielfältigen, solidarischen Lebenszusammenhängen und prägen verstärkt auch das Zusammenleben in der gesellschaftlichen Mitte. Dem Nährboden rechtsradikaler und faschistischer Strömungen konnte dadurch weitgehend der Boden entzogen werden. Die Hierarchisierung von Menschen nach Klasse, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft und Pass hat an Bedeutung verloren und verschwindet zusehens.

Gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität wurden dem Markt und Profitstreben entzogen und gemeinwohlorientiert organisiert. Dadurch wird Arbeit völlig anders bewertet: Ihr gesellschaftlicher Wert steht jetzt im Vordergrund. Care-Arbeit hat so die Aufwertung erhalten, die sie in humanen Gesellschaften braucht.

Die weltweiten, aber regional durchaus unterschiedlichen Transformationsprozesse, haben die neoliberale Form der Globalisierung mit ihren katastrophalen sozialen und klimatischen Auswirkungen zurückgedrängt. Profiterzielung spielt immer weniger eine Rolle, ist aber längst nicht ganz überwunden. Viele der eingetretenen Klimafolgen sind irreversibel, eine weitere Verschärfung der Situation konnte aber verhindert werden. Armut ist überwunden, und weitere Naturzerstörung gestoppt.

Nach wie vor gibt es in den einzelnen Gesellschaften, aber auch zwischen diesen unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Allerdings werden die Interessen inzwischen in herrschaftsfreien demokratischen Prozessen ausgehandelt und nicht mehr machtpolitisch oder militärisch durchgesetzt.

Wir sehen: Der gemeinsame Kampf lohnt sich, denn eine andere Welt ist nötig und möglich!

FLINTA ist eine Abkürzung und steht für F rauen, L esben, i ntergeschlechtliche, n ichtbinäre, t rans und a gender Personen. Das angehängte Sternchen dient dabei als Platzhalter, um alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten einzubeziehen.